

MYKONOS-PROZESS

Angst vor dem Urteil

Das nahende Ende des Prozesses um den Mord an vier iranischen Kurden im Berliner Lokal Mykonos macht Bonn nervös. Sicherheitsexperten fürchten Terroranschläge und Geiselnahmen, falls das Gericht die iranische Staatsspitze als Drahtzieher des Blutbades benennt.



diplomatische Kanon reicht von der Protestnote über die gezielte Ausweisung von Botschaftsangehörigen bis zum – allerdings unwahrscheinlichen – offiziellen Abbruch der Beziehungen. An diesem Montag will Außenminister Klaus Kinkel mit Experten über die möglichen Konsequenzen des Richterspruchs beratschlagen.

Das Berliner Urteil kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt – in Iran stehen Ende Mai Präsidentschaftswahlen an. Wie auf das Richtervotum aus Deutschland reagiert wird, könnte zu einer Machtprobe zwischen Klerikern und Reformern werden.

Schon jetzt hat Teheran eine mächtige Drohkulisse aufgebaut. Das Mykonos-Urteil, warnt der iranische Parlamentsprä-



größte vor der deutschen Botschaft in Teheran (1990), Totort Restaurant Mykonos, in Berlin 1992: „Rache für Beleidigung“

Wer in diesen Tagen als Deutscher nach Teheran reisen will, sollte sich auf die Gastfreundschaft der Iraner nicht unbedingt verlassen. „Wegen der aktuellen Entwicklung“ rat das Bonner Auswärtige Amt, nur wirklich „notwendige Reisen zu unternehmen“. Wer fahren muß, dem empfiehlt das Ministerium, „in jedem Fall vor und während der Reise“ ständig Verbindung mit der deutschen Botschaft in Teheran zu halten.

Was die Bonner derart in Alarmstimmung versetzt, ist das nahe Ende des Mykonos-Prozesses. Am Donnerstag dieser Woche will das Berliner Kammergericht das Urteil verkünden.

Am 17. September 1992 waren in dem Berliner Lokal Mykonos vier iranisch-kurdische Oppositionelle ermordet worden. Nach mehr als drei Jahren Verhandlungsdauer beantragte die Bundesanwaltschaft

für zwei der Angeklagten, einen Iraner und einen Libanesen, lebenslange Haft, für die drei anderen aus dem Libanon Freiheitsstrafen von fünf bis elf Jahren.

Doch in dem Verfahren mit dem Aktenzeichen (1) 2 StE 2/93 geht es nicht nur um die Mykonos-Mörder – die iranische Staatsführung sitzt mit auf der Anklagebank.

Sollte der Erste Senat des Kammergerichts – ähnlich wie die Bundesanwaltschaft – zu dem Schluß kommen, daß es sich bei dem Blutbad von Berlin um einen Mord in allerhöchstem Auftrag handelte, würde das erhebliche Konsequenzen für die deutsch-iranischen Beziehungen haben. Sicherheitsexperten der Bundesregierung fürchten in diesem Fall Anschläge und Geiselnahmen.

Regierung, Opposition und Wirtschaftsverbände entwickelten in den letzten Wochen zahlreiche Krisenszenarien. Der di-

sident Nategh Nuri, könne „zu einer Krise der bilateralen Beziehungen“ führen. Die „nationalen Interessen Deutschlands“ seien ernsthaft gefährdet. „Man beleidigt uns nicht ungestraft“, droht ein hoher iranischer Diplomat. „Das hat Konsequenzen in der gesamten islamischen Welt.“

Religionsführer Ali Chamenei nahm an Sitzungen einer religiösen Sonderkommission teil, deren Mitglieder die Bildung von Komitees zur „Bestrafung der Gottesfeinde in Deutschland“ vorgeschlagen haben. Im Januar wurde in der iranischen Hauptstadt eine Deutschlandkonferenz verschiedener Ministerien einberufen. Der iranische Geheimdienst, gegen dessen Chef Ali Fallahian der Bundesgerichtshof einen Haftbefehl wegen des Mykonos-Massakers erlassen hat, bezeichnete die Bundesrepublik als „feindliches Land“. Auf der Haßliste rangieren die